

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Michew.*
Wien i. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 28. Jänner 1919. Nr. 47.

Zitronenabgabe. Durch das Entgegenkommen der Entente ist die Gemeinde Wien in die Lage versetzt, 12 Waggons Zitronen in Verkehr zu bringen. Die Abgabe beginnt in allen Verkaufsstellen (Konsumentenorganisationen, Konsumvereine, Gemischtwarenhändler, Märkte und Hallen) am Donnerstag, den 30. d.M. und erfolgt stückweise. Verkaufspreis: 30 Heller für ein Stück.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Dienstag, 28. Jänner 1919. Nr. 48.

Wohnungsfürsorgeausschuss. Der Wohnungsfürsorgeausschuss beschäftigte sich gestern unter dem Vorsitz des VB. Reumann neuerlich mit dem Projekte der Herstellung von Zinshäusern mit Klein- und Mittelstandwohnungen auf Baurechtsgründen des Bürgerspitalfondes durch die Baufirma Stigler und Rous. Die Vorlage hätte bereits einmal den Gemeinderat beschäftigen sollen, wurde aber wegen verschiedener Einwendungen hinsichtlich der ursprünglichen Grundlage der Angelegenheit an den Ausschuss zurück verwiesen. Die Anträge, die gestern vom Direktor des Wohnungsamtes Dr. Sagneister vorgelegt wurden, gehen hauptsächlich dahin, dass die Firma einzuladen sei, das Detailprojekt und die Kostenvoranschläge für die Verbauung eines der drei Blockteile und zwar entweder der Raustellengruppe an der Felix Mottlstrasse im 19. Bezirk, oder der am Margarethengürtel nächst der verlängerten Fendiggasse, eventuell für den Baustellenblock im 12. Bezirk an der Rängenfeldgasse bis Mitte März dem Magistrat vorzuliegen, welcher hierüber dem Gemeinderate zwecks Beschlussfassung über die an die Firma zu richtende Aufforderung zum Beginne dieser Bauten zu berichten hat.

Nach einer eingehenden Debatte, an welcher sich fast sämtliche Mitglieder des Ausschusses beteiligten und in welcher sich der als Experte eingeladene StR. Melcher hauptsächlich dagegen aussprach, dass die Arbeiten einer einzigen Firma übertragen und dieser dadurch eine Art Monopol eingeräumt würde, wurde die Beschlussfassung selbst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses gestellt.

Abgabe von Rüben für Futterzwecke. Die Abgabe von Rüben für Futterzwecke vom Strassenbahnhof Simmering (11. Bezirk Simmeringer Hauptstrasse, Zufahrt von der Fickeysgasse) wird weiter fortgesetzt.

Antrag auf Errichtung einer Arbeitsbörse. Anlässlich eines Referates des StR. Spalowsky hinsichtlich der Mietung von Räumen im Hause 7. Bezirk Kenyiongasse 23 für Zwecke der Arbeitsvermittlung beantragte StR. Richter, den Magistrat anzuweisen, in kürzester Zeit dem Stadtrate eine Vorlage zur Errichtung eines eigenen Gebäudes für die Arbeitsvermittlung (Arbeitsbörse) zu unterbreiten. Der Antrag wurde angenommen.

Der Stadtrat gegen den Zuzug von auswärts. In der heutigen Sitzung des Stadtrates legte VB. Reumann einen ausführlichen Bericht des Magistrates über die Abwehrmassnahmen gegen die Flüchtlingsinvasion vor. Der Berichterstatter führte aus: Aus den östlichen und nordöstlichen Staaten langen schon seit geraumer Zeit zahlreiche Flüchtlinge in Wien ein. Der Zuzug dauert unausgesetzt fort und die Folgen davon ist eine empfindliche Steigerung des Bedarfes an Lebensmitteln, eine Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen, die Ueberfüllung von Wohnungen und die damit verbundenen gesundheitlichen Gefahren. Der Bürgermeister hat sich in dieser Angelegenheit bereits zweimal an den Staatskanzler mit der Bitte gewendet, dass die vorhandenen Flüchtlinge unter genauer Kontrolle gestellt werden, jeder weitere Zuzug aber hintangehalten oder doch der Frage nähergetreten werde, die Flüchtlinge in den freigewordenen Interniertenlagern ausserhalb Wiens unterzubringen. Inzwischen ist aber die Flüchtlingsfrage durch Massnahmen der neugebildeten Teilstaaten immer gefährdender geworden. Die wirtschaftliche Drosselung Deutschösterreichs, die besonders Wien trifft, dauert an und die Zuwanderung nach Wien ist im Steigen begriffen. Zahlreiche Ausländer langen fortgesetzt in Wien ein. Wie verlautet, sollen aus der Türkei alle Fremden ausgewiesen werden und ebenso soll sich die Stadt Budapest mit der Absicht tragen, ab 1. Februar binnen 14 Tagen alle Fremden auszuweisen. Es ist die Befürchtung naheliegend, dass Tausende von den aus Budapest Ausgewiesenen nach Wien kommen werden. Die Fortdauer dieser Zustände droht unhaltbar und unerträglich zu werden.

Der Berichterstatter stellt folgenden Antrag: Der Magistrat wird beauftragt, nachstehende Warnung vor dem Zuzuge nach Wien in den Tagesblättern zu veröffentlichen: „ Seit dem Abschlusse des Waffenstillstandes sind Hunderttausende von der Front und aus der Gefangenschaft nach Wien zurückgeströmt. Viele Tausende von nach Wien Heimatberechtigten und lange Jahre hier ansässig gewesen wurden aus den neuen Teilstaaten durch Ausweisung oder

durch die Verhältnisse vertrieben und sind nach Wien zurückgekehrt. Gleichzeitig findet aber ein ununterbrochener starker Zuzug von Fremden aus den nordöstlichen und östlichen Teilstaaten statt und insbesondere zahlreiche jüdische Flüchtlinge die ihre Heimat aus Furcht vor Pogromen verlassen haben, strömen unausgesetzt nach Wien. Sie finden hier weder genügende Lebensmittel oder Bedarfsartikel, noch entsprechende Wohnung und vermehren die Zahl der Arbeitslosen. Da die wirtschaftliche Drosselung Deutschösterreichs, die vorwiegend Wien trifft, ungeschwächt fort dauert, droht nunmehr die in aller Welt bekannte Notlage der Wiener Bevölkerung, die Wohnungsnot, der Lebensmittelmangel und die Arbeitslosigkeit, einen solchen Grad anzunehmen, dass sich die Gemeindevertretung nicht nur im Interesse der Bewohner der Stadt, sondern auch in jenem der Flüchtlinge selbst veranlasst sieht, vor einem weiteren Zuzug nach Wien ernstlich zu warnen. *Von irgendwelchen Repressivmassnahmen, welche die Flüchtlinge in derartigen Stadttheilen*

An dieses Referat knüpfte sich eine eingehende Debatte. StR. Dr. Hein wünscht, dass vor allem gegen die Ausweisungsmassregeln der Stadt Budapest Vorstellungen erhoben werden.

StR. Schmid schliesst sich dem Antrage des Berichterstatters an und stellt folgende Anträge: Der Magistrat wird beauftragt, gegen den weiteren Zuzug von Flüchtlingen nach

Wien alle gesetzlich zulässigen Abwehrmassnahmen, insbesondere die Ausweisung gemäss § 17 des Gemeindestatutes zu ergreifen; die über die Grenzen Niederösterreichs einwandernden Flüchtlinge, *insofern sie nicht nach Südböhmen, Kärnten, Tirol, Salzburg, Steiermark, Wien, in den Flüchtlingslagern Gmünd, Sigmundsherberg u.s.w.* zu internieren. Die Lebensmittel sind in erster Linie an die in Wien einheimische Bevölkerung zu verteilen und nur der Rest an die Fremden abzugeben.

StR. Emmerling weist darauf hin, dass die grössere Gefahr für Wien nicht die armen Flüchtlinge sind, sondern die wohlhabenden, die in der Lage sind sich die Lebensmittel für teures Geld zu verschaffen und dadurch die Lebenshaltung zu verschlechtern.

StR. Skaret warnt vor Repressivmassnahmen und beantragt eine Vorstellung des Gemeinderatspräsidium beim Staatsamte für Aeusseres, um auf die Gefahren der Invasion aufmerksam zu machen.

StR. Angermayer betont, dass die von der Gemeinde Wien zu ergreifenden Massnahmen keine Engherzigkeit beinhalten, sondern eiserne Notwendigkeit sind. Die Ausweisungen aus den ehemals zur Monarchie gehörigen Staaten zwingen zu Repressivmassnahmen.

StR. Jung beantragt die Einführung des Passzwanges für die nach Wien Einreisenden. *Die vorhandenen Lebensmittel müssen in erster Linie der bodenständigen Bevölkerung zufließen.*

Die StRe. Müller, Hötzel und Spalowsky treten für den Antrag Schmid ein, die StRe. Richter, Melcher und Hellmann für den des Referenten.

In seinem Schlussworte weist der Berichterstatter auf die mit den Repressivmassnahmen für Wien verbundenen gefährlichen Folgen hin, da Wien im Bezüge auf Lebensmittel auf die umliegenden Staaten angewiesen ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Reumann einstimmig angenommen. Die Anträge Schmid werden mit dem Stimmen der Christlichsozialen gegen die Stimmen der Liberalen und Sozialdemokraten angenommen. Der Antrag Jung wird genügend unterstützt dem Magistrat zugewiesen.

VB. Reumann wünscht, dass mit Rücksicht darauf, dass das Referat von ausserordentlicher Bedeutung sei, die Angelegenheit dem Gemeinderate vorgelegt werde. Der Vorsitzende VB. Rain erklärt, er werde diesen Wunsch dem Bürgermeister zur Kenntnis bringen.

Das Investitionsprogramm der Gemeinde. Bürgermeister Dr. Weiskirchner legte in der heutigen Sitzung des Stadtrates ein Investitionsprogramm für die Uebergangszeit vor. Es bezieht sich auf Hoch- und Tiefbauten, verschiedene Herstellungen und Investitionen bei den Werken der städtischen industriellen Unternehmungen. Die Kosten sind mit rund 104 Millionen Kronen veranschlagt. Die vorgeschlagenen Arbeiten seien nicht eigentliche Notstandsarbeiten, sondern müssen jedenfalls früher oder später in Angriff genommen werden. Es wäre auf diese Weise möglich, 15.500 Arbeiter zu beschäftigen. Aber nicht blos die Stadt Wien, sondern auch Land und Staat haben die Pflicht, für Arbeitsgelegenheit Vorsorge zu treffen, die Landesregierung könnte insbesondere mit dem Bau des Liesinger Sammelkanales, der Liesingbachregulierung und der Schwarzaregulierung beginnen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner beantragte ein siebengliedriges Komitee einzusetzen, das unter Zuziehung des Stadtbau Direktors die Vorlage einer eingehenden Prüfung unterzieht und den Stadtrat binnen acht Tagen berichtet. Wenn die Prüfung

erfolgt ist und der Stadtrat darüber beraten hat, so wird das Programm dem Gemeinderate zur Genehmigung vorgelegt werden. Da Mangel an Baumaterial herrscht, werden dann die Arbeiten nach Massgabe der vorhandenen Baustoffe zur Ausführung angeordnet werden. Zu den von den städtischen Aemtern vorgeschlagenen Arbeiten beantragt der Bürgermeister weiters, das Staatsamt für Heereswesen zu ersuchen, die Zuschüttung der Befestigungsgraben unverzüglich durchzuführen.

StR. Emmerling stellt folgenden Antrag: Das Stadtbauamt wird beauftragt, Pläne und Vorschläge für die Errichtung einer Schiffswerfte auszuarbeiten. Ob die Gemeinde Wien eigene Schiffe auf Stappel legt, soll besonders erwogen werden. Ausführung, Besitz und Betrieb soll einem Verbands von Interessenten übertragen werden, in dem die Gemeinde Wien die Mehrheit besitzt.

StR. Dr. Hein wünscht, es möge alles aufgewendet werden, um den Donauverkehr zu heben.

StR. Melcher bemerkt, dass um Wien, speziell in Floridsdorf sich der alte Befestigungsgürtel (Eigentum des ehemaligen Kriegsministeriums) befindet. Dieser Gürtel soll nun abgetragen und die Grundstücke zur Arrondierung verwendet werden. In diesem Damme soll Ziegelmaterial geschlichtet sein, welches in der jetzigen Zeit, die an Material so arm ist, verwendet werden könnte; mit der Abgrabung könnte sogleich begonnen werden, so dass einige Tausend Arbeiter Beschäftigung finden würden. StR. Melcher verlangt ferner die Regulierung der Donau auf der Floridsdorfer Seite. Die Anträge des Bürgermeisters werden einstimmig angenommen.

In das Komitee werden gewählt: die StRe. Emmerling, Siegel, Melcher, Jung Schmid, Spalowsky und Vaugoin.

Der Antrag Emmerling wird, genügend unterstützt, die in der Debatte gestellten Anregungen werden vom Komitee beraten werden.

Parlamentarische Enquete zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Betreffend die in den Sonntagsblättern enthaltene offizielle Berichterstattung, legt der d.ö. Wirtschaftsverband des Baugewerbes Wert darauf festzustellen, dass er unter den von ihm auf authentische Erhebungen hin angeregten Erdarbeiten mit Massenausgleich den Donau-Rheinkanal nicht genannt hatte. Diese Anregung erging von dritter Seite. Die erfolgte Anreicherung an die unmittelbar ausführbaren Werke ist geeignet, die Ernsthaftigkeit der Vorschläge des Wirtschaftsverbandes zu beeinträchtigen, da für den erwähnten Wasserweg, bei aller Anerkennung seiner Wichtigkeit und Bedeutung, derzeit kaum mehr als der blosse Baugedanke vorhanden ist. Dagegen wies der Vertreter des Wirtschaftsverbandes eindringlichst auch auf jene unerlässlichen und dringlichen Massnahmen hin, welche die Regierung schon jetzt einzuleiten hatte, um auch selbst erst in einem viel späteren Zeitpunkte, eine massgebliche Privatbautätigkeit in den Städten ermöglichen zu können.

Sehr geehrte Schriftleitung!

Um Aufnahme vorstehender Mitteilung ersucht mit verbindlichstem Danke

Ing. Ottokar Stern,
Baudirektor der Allg. Oesterr. Baugesellschaft.